

Die Bomben aus Stahl, das Pathos aus Hollywood: Die Wiederentdeckung des „gerechten Krieges“ im Medienzeitalter

Alle, die „für die Freiheit sind, sind auf unserer Seite“, verkündete Präsident Bush jr., als am 10. Oktober 2001 die Bombardierung Afghanistans begann (zit. n. Trampert 2002: 26). Keine Frage, dass auch die deutsche Bevölkerung für die Freiheit ist und im Zuge der „uneingeschränkten Solidarität“ ohne Proteste der Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan, an das Horn von Afrika und nach Kuwait zusah. Die Ereignisse des 11. Septembers weckten offenbar kollektive Gerechtigkeitsreflexe. Das geht auch aus den Umfragewerten hervor: Im Golfkrieg waren in Deutschland nur 17 Prozent für den Einsatz von Bodentruppen, im Krieg gegen Jugoslawien 19 Prozent und gegen Afghanistan wünschten sich 58 Prozent der Deutschen sogar eigene Truppen am Hindukusch (vgl. *Der Spiegel*, 41/2001). „Infinite Justice“ lautete der Arbeitstitel der US-Militärkampagne gegen das Talibanregime in Kabul und die Terrororganisation Al Qaida in den Bergen des zentralasiatischen Landes. Schon diese Bezeichnung verweist auf die Strategie, mit der der Krieg weltweit legitimiert werden sollte. Offenbar eine glückliche Wahl; zumindest im Hinblick auf die westlichen Länder. Denn Deutschlands Regierung stellte sich — wie andere EU-Staaten auch — demonstrativ an die Seite der USA und bat geradezu darum, gebeten zu werden: um Beteiligung am „gerechten Krieg“ gegen den Feind unserer Zivilisation.

Doch die Idee des „gerechten Krieges“ wurde nicht am 11. September 2001 geboren. Sie ist von geradezu biblischem Alter und lieferte allein im letzten Jahrzehnt das Grundmuster für die Inszenierung und Vermarktung von zwei vorausgegangenen, von den USA geführten militärischen Kampagnen: für *Desert Storm*, den zweiten Golfkrieg, und für *Allied Force*, den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Als George Bush sen. am 17. Januar 1991 den Einsatzbefehl zur Operation *Desert Storm* am Golf gab, deklamierte er: „We know that this is a just war, and we know that, God willing, this is a war we will win.“ (zit. n. Zürn 1991: 1) Dies sei ein „gerechter Krieg“, erklärte auch — diesmal im Hinblick auf den Kosovo-Krieg — der britische Premierminister Tony Blair im März 1999; ein Krieg, der nicht um „territoriale Ziele“, sondern allein um westliche „Werte“ geführt würde (Die Zeit v. 10. Juni 1999).

Bei solchen Aussagen handelt es sich nicht nur um rhetorisches Pathos. Die Figur vom „gerechten Krieg“ liefert auch ein ziemlich präzises Blueprint, eine Art Masterplan dafür, wie ein Konflikt inszeniert und PR-mäßig begleitet werden muss, um in der Öffentlichkeit als „gerechter“ und damit legitimer Krieg akzeptiert zu werden. Doch wie lauten diese Spielregeln und wer hat sie definiert?

Die Geschichte des „gerechten Krieges“ — von Augustinus bis Bush

Die Denkfigur des „gerechten Krieges“ lässt sich über eineinhalb Jahrtausende Kriegsgeschichte zurückverfolgen. Die Vorstellung, dass es Kriege gibt, die gerechter sind als andere oder deren Führung sogar moralisch geboten ist, wurde vor rund 1.500 Jahren vom Kirchengelehrten Augustinus (354 bis 410 n. Chr.) entwickelt. Gemäß der christlichen Tradition geht es bei der Idee vom „gerechten Krieg“ nicht darum, Kriege zu befördern, sondern sie einzudämmen und im Idealfalle ganz zu verhindern (Fuchs 2001: 36). Da Krieg jedoch, so argumentierten die Apologeten der Lehre, in der unvollkommenen irdischen Wirklichkeit nun einmal existiere, müsse er — wenn schon nicht gänzlich aus der Welt verbannbar — zumindest in seiner Frequenz und seiner Brutalität begrenzt werden. Entsprechend wurden bestimmte Spielregeln definiert, die das Recht zur Kriegführung sowie die Wahl seiner Mittel eingrenzten. Daraus entstand die Dichotomie von „gerechtem“ und „ungerechtem“ Krieg. Diese steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zum Urtext der

Christenheit, der Bibel, denn ein Recht auf „gerechte Kriege“ lässt sich aus ihr nicht ableiten. Vielmehr legt das Gebot der Nächstenliebe —noch einmal verstärkt durch Jesus' Aufruf zum Gewaltverzicht — eine Pflicht zum Pazifismus nahe. In Kombination mit dem fünften Gebot wurde der Gewaltverzichtsaufruf von Kirchenlehrern bis ins 4. Jahrhundert n. Chr. als absolutes Tötungs- und Kriegsverbot verstanden (Engelhardt 1980: 72). Allerdings wurden die Christen zu dieser Zeit auch nicht in Versuchung geführt, da ihre Gemeinde über keinerlei politische Macht verfügte. So änderte sich die Bibelauslegung just zu dem Zeitpunkt, an dem christliche Religion und politische Macht erstmals zusammenflossen [1] und Christen erste Kriege führten. In der Interpretation des Ambrosius von Mailand, dankbar aufgegriffen von Kaiser Gratian, verkehrte sich das absolute Gewaltverbot in eine Pflicht zur Kriegführung in bestimmten Fällen: „Wer nicht gegen das Unrecht, das seinem Nächsten droht, soweit er kann, kämpft, ist ebenso schuldig wie der, der es diesem antut.“ (zit. n. ebd. 1980: 74)

Augustinus, ein bekennender Ambrosius-Verehrer, wird allgemein als der Urheber der Lehre vom „gerechten Krieg“ betrachtet. Unter dem Eindruck des zusammenbrechenden römischen Reiches vor den heranrückenden Völkern aus dem Norden Europas verfasste er sein Hauptwerk „De civitate Dei“ (Über den Gottesstaat). Hier definiert der Kirchengelehrte drei Kriterien für den „gerechten Krieg“, aus denen sich ein *ius ad bellum* ableiten lässt. „Um [...] Ausschreitungen gerecht zu bestrafen, müssen oft die Guten selbst im Kriege streiten, sei es auf Geheiß Gottes, sei es auf Befehl einer rechtmäßigen Staatsgewalt, und gegen die Gewalttätigkeit ihrer Gegner kämpfen [...]“ (zit. n. ebd.: 76). Aus diesem Text leiteten die Augustinus-Exegeten die erste Bedingung des „gerechten Krieges“ ab, die Kriegserklärung durch eine rechtmäßige Obrigkeit (*auctoritas principis*), die „gerechte Krieg führende Partei“. Zur Beurteilung gegenwärtiger Kriegslegitimierungs-Ansätze ist jedoch Augustinus' zweiter Grundsatz des „gerechten Krieges“ entscheidender: der „gerechte Grund“. So vermerkte Augustinus: „Gerechte Kriege pflegt man als solche zu definieren, die Unrecht ahnden [A]“ (zit. n. ebd.: 77). Der augustinische Text definiert also exakt jene Kategorien als Vorbedingungen, mit denen militärische Interventionen auch heutzutage gerechtfertigt werden. Hier findet sich nicht nur die Idee, dass es in bewaffneten Konflikten eine „gute“ und eine „böse“ Seite gibt, sondern auch die Vorstellung, dass die gute Seite sowohl das Recht als auch die Pflicht hat, den gewalttätigen Gegner zu bestrafen. Augustinus' „gerechter Krieg“ präsentiert sich somit als Strafaktion der „Gerechten“ gegenüber den „Ungerechten“. Besonders wichtig war Augustinus die dritte Bedingung des „gerechten Krieges“, die auf das Verhalten der Kämpfenden im Krieg abzielt: „Berechtigte Einwände gegen den Krieg sind die in ihm hervortretenden Gesinnungen, wie Lust zu schaden, grausame Rachgier, Unversöhnlichkeit, Vergeltungswut, Eroberungssucht [A]“ (zit. n. ebd.: 77). Das Töten an sich ist für Augustinus allerdings legitim: „Was ist am Kriege zu tadeln? Ist es die Tatsache, dass darin Menschen getötet werden — die doch alle eines Tages sterben müssen —, damit die Sieger in Frieden leben können?“ (zit. n. ebd.: 77)

Die Lehre vom „gerechten Krieg“ wurde seit Augustinus' Zeiten von verschiedenen Kirchengelehrten rezipiert und weiterentwickelt. Im 13. Jahrhundert nahm sich Thomas von Aquino (1225-1274) des Problems an. Geboren in Italien, das sich in jahrhundertelangen inneren Zwistigkeiten aufrieb und zudem unter ständigen Angriffen von außen zu leiden hatte, stellte der Gelehrte die Frage, ob das Führen von Kriegen per se Sünde sei. In seiner „Summa Theologica“ definiert er drei Gründe, die den grundsätzlich unrechtlichen Krieg „gerecht“ machen können: Erstens müsse die Autorität des Herrschers legitim sein, zweitens müsse sich der Krieg gegen ein Unrecht richten und drittens müsse die Absicht der Kriegführenden gegeben sein, das Gute zu befördern und das Böse zu verhindern.

Die Idee vom „gerechten Krieg“ ist völkerrechtlich nie wirksam geworden, und die UN-Charta hob das *ius ad bellum* definitiv auf. Auch die Kirche als Urheberin selbst hat sich — unter dem Eindruck der atomaren Bedrohung — von der Idee des „gerechten Krieges“ verabschiedet.

Die völkerrechtliche und kirchliche Verneinung der Legitimation des „gerechten Krieges“ hinderte die Vereinigten Staaten nicht daran, ihre Interventionen mit dem Etikett des „gerechten Krieges“ zu versehen. In den militärisch ausgefochtenen Konflikten der USA wird in der Regel ein „gerechtes Ziel“ proklamiert: die „Verteidigung und Sicherung der demokratischen Welt“ (Beharr 1996: 77). Einen solchen Anspruch hatten die USA bereits im Ersten und Zweiten Weltkrieg erhoben und im Ost-West-Konflikt zum zentralen Dogma

zementiert. Nach dem Sieg über den Faschismus galten die amerikanischen Kriege dem Gegner Kommunismus. Aus dem Systemkonflikt speiste sich die für den „gerechten Krieg“ notwendige Polarität von „Gut“ und „Böse“. Im Zuge der Systemkonfrontation wurden eine Reihe „gerechter Kriege“ geführt. Schon der Koreakrieg beinhaltete die entscheidenden Merkmale des amerikanischen Interventionsmusters zur Zeit des Kalten Krieges. McCarthys Kommunisten-Paranoia sorgte für den entsprechenden ideologischen Überbau, um die Containment-Strategie zu legitimieren, die es zwingend erscheinen ließ, dass die USA auf Seiten von Süd-Korea intervenierten: zur Rettung der demokratischen Welt. In diesen Kontext gehört auch der einzige nicht gewonnene Krieg der Amerikaner: der Vietnamkrieg. Er diente (offiziell) dazu, eine Invasion Südvietnams durch das kommunistische Nordvietnam zu verhindern. Je länger sich die Intervention hinzog, desto weiter entfernte sie sich von den Prinzipien des „gerechten Krieges“. Diese Entwicklung gab den Anstoß zu einer politisch-philosophischen Debatte über den „gerechten Krieg“: „Um den Vietnam-Krieg zu verstehen und zu bewerten, griff die amerikanische Philosophie auf die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg zurück und versuchte, sie auf die heutige Zeit, auf die Zeit der Völkermorde, der Atombombe und der Menschheitsvernichtungswaffen, die Zeit von Auschwitz, Hiroshima, Nagasaki und den Killing Fields anzuwenden.“ (Kersting 1988: 10). Doch die Konzeption blieb fragwürdig angesichts der Tatsache, dass im Rahmen des Systemantagonismus jeder bewaffnete Konflikt die mögliche Konsequenz des atomaren Overkills in sich barg und ihn dann automatisch zu einem im höchsten Maße „ungerechten“ Krieg gemacht hätte. Erst das Ende des Ost-West-Konflikts ließ die Idee vom „gerechten Krieg“ wieder plausibel erscheinen. Nur ein zentrales Grundproblem blieb ungelöst: Welche Instanz sollte entscheiden, wann ein Krieg „gerecht“ ist? Die Antwort der politisch-philosophischen Vordenker war der Ruf nach einem festgeschriebenen internationalen Normen- und Wertesystem, einer „weltbürgerlichen Verfassung“. Wolfgang Kersting formuliert den Anspruch folgendermaßen: „Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Gemeinschaft der Staaten eine ‚anarchical society‘ bleibt.“ (ebd.: 10)^[2] Die von George Bush sen. 1991 verkündete *new world order* nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war die amerikanische Variante einer solchen Welt, die nach allgemeingültigen Werten funktionieren sollte — mit den USA als ihren Garanten. Und der Golfkrieg, George Bushs „gerechter Krieg“, war das beste Beispiel dafür, wie eine solche neue Weltordnung aussehen könnte. Zuvor hatte das Feindbild neu definiert werden müssen: Von nun an waren es die so genannten „Schurkenstaaten“, vor denen Amerika die demokratische, freie Welt zu schützen hatte.

Die drei Spielregeln sowohl für den Augustinischen als auch den medial inszenierten „gerechten Krieg“ lauten: Es muss einen „gerechten Grund“ für den Krieg geben; die Krieg führende Partei muss „gerecht“ sein, ebenso wie die Art und Weise der Kriegführung. Die glaubwürdige Einhaltung dieser *rules of the game* ist die unerlässliche Voraussetzung für die Kriegsakzeptanz in der öffentlichen Meinung. Und so zeigt der Blick auf die Inszenierung der medientauglichen „gerechten Kriege“ der Jahrtausendwende drei Spielarten eines immer gleichen Grundmusters.

Die „gerechten Kriege“ des Medienzeitalters: *Desert Storm*, *Allied Force* und *Enduring Freedom*

1. *Desert Storm*: Der Krieg als Polizeiaktion

Am 2. August 1990 überfiel der Irak das ölreiche Scheichtum Kuwait. Ein „gerechter Kriegsgrund“ war gegeben: Dem „Räuber von Bagdad“ musste die Beute entrissen werden. Gleichzeitig ergab sich die Gelegenheit, dem „Schurkenstaat“ Irak die illegal und geheim produzierten Massenvernichtungswaffen aus der Hand zu schlagen. Nach einem dramatisch inszenierten diplomatischen Vorlauf, flankiert von einem enormen Truppenaufmarsch am Golf, endete am 15. Januar 1991 ein UN-Ultimatum, ohne dass Saddam Hussein einlenkte. Die USA hatten inzwischen eine weltweite „Allianz der Gerechten“ geschmiedet. Ihre Mission: eine internationale Polizeiaktion, um begangenes Unrecht zu ahnden. Gleichzeitig war es eine Befreiungsaktion. Kuwait, das angeblich letzte Bollwerk der Demokratie auf der arabischen Halbinsel,

musste aus der Geiselhaft des in der Presse inzwischen zum Hitler-Wiedergänger umgedeuteten Saddam gerettet werden.

Zu Beginn des Krieges führten die USA ihr Arsenal an „intelligenten“ Waffen vor. Ihr vermeintlich „klinischer“ Charakter wurde dem Fernsehzuschauer mittels Videoanimationen und dank rigider Nachrichtenselektion^[3] tagtäglich eindrucksvoll vorgeführt. Für jedermann musste deutlich werden: Hier handelte es sich um „gerechte Kriegführung“. Das Bild blieb bestehen, obwohl schon nach wenigen Tagen der Schaulauf der amerikanischen Präzisionswaffen beendet war; nun wurden alte B-52-Bomber eingesetzt, die alle möglichen Ziele flächendeckend bombardierten und enorme Zerstörungen anrichteten.

Der zweite Golfkrieg endete am 28. Februar 1991. Nach einer nur hundertstündigen Bodenoffensive wurde das Feuer eingestellt. „Kuwait ist befreit“, triumphtierte George Bush sen. (zit. n. Voß 1991: 54). Die Bilanz des Krieges: Alliierte Kampfflugzeuge waren über 100.000 Einsätze geflogen und hatten dabei mehr als 50 Millionen Kilogramm Bomben über dem Irak und Kuwait abgeworfen. Im Irak hatte es zwischen 100.000 und 200.000 Tote gegeben. Doch diese waren schnell vergessen. Nicht nur im Mutterland des neuen *just war*, sondern auch in Deutschland, wo inzwischen die Idee vom „gerechten Krieg“ über das Hintertürchen Einzug gehalten hatte.

Am Feldzug „zur Befreiung Kuwaits“ war Deutschland nur finanziell und logistisch beteiligt. Auf den Krieg reagierte die Öffentlichkeit mit Massenprotesten, Menschenketten und Mahnwachen. Weil für Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges militärische Abstinenz geboten war, hatte die Idee vom „gerechten Krieg“ hier zu Lande bislang keine Rolle gespielt. Die Menschenmassen auf den Straßen zeigten jedoch nicht das ganze Bild: Jenseits der durch Apokalypse-Ängste aus dem Schlaf geschreckten Friedensbewegung wurde die Frage nach dem Ende des deutschen „Sonderweges“ und der „neuen deutschen Verantwortung“, diskutiert — und im Zuge dessen der „gerechte Krieg“ neu entdeckt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* reagierte als erstes Leitmedium auf die von Bush vorgegebene Legitimationsfigur und erörterte noch vor Kriegsbeginn die Theorie vom „gerechten Krieg“ als akzeptable Variante der Kriegführung (FAZ v. 15. Januar 1991). Die Analyse der Kriegsdebatte in den Printmedien *Die Zeit*, *FAZ* und *taz* (Schildmann 2001: 36-50) zeigt: Im Verlauf des Golfkrieges wurde die PR-Strategie „gerechter Krieg“ sukzessive auch vom Rest der Presse übernommen. Die Mehrheit der Kommentatoren ging von der prinzipiellen Legitimität eines solchen Krieges aus, wenngleich nicht alle bereit waren, den Golfkrieg dazu zu zählen. Kontroverser verlief die Debatte über die Frage, ob militärische Gewalt eine Option der deutschen Außenpolitik sein könne und ob man sich auch militärisch am Golfkrieg beteiligen solle. Das Meinungsspektrum reichte von prinzipiell pazifistischen Standpunkten über die Sonderrollen- und Sonderpflicht-Argumentation bis hin zur Forderung nach „Normalität“ für Deutschland.

2. Allied Force: Der Menschenrechtskrieg

Das so genannte „Massaker von Raak“ am 15. Januar 1999 bildete den Auftakt — und den „gerechten Grund“ — für den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Presseagenturen berichteten zwar zunächst nur von einer Polizeiaktion gegen UK-Rebellen (Johnstone 1999: 51), doch William Walker, zu dieser Zeit Leiter der OSZEBeobachter-Mission im Kosovo, ging mit einer anderen Version an die Öffentlichkeit: In einer stark emotional eingefärbten Rede beklagte er, serbische Sicherheitskräfte hätten in dem Dorf Raok 46 Zivilisten auf schreckliche Weise hingerichtet.^[4] Prompt sprachen die Medien unisono vom „Massaker von Raak“; die westliche Öffentlichkeit war entsetzt. Die US-Regierung forderte die sofortige Bombardierung Serbiens. Bereits im August 1998 hatte ein Ausschuss des amerikanischen Senats festgestellt, es fehle nur noch „ein Ereignis — gepaart mit der entsprechenden Berichterstattung in den Medien“ — das eine Intervention „politisch verkäuflich machen“ könne (FAZ v. 2. Juni 1999). Das „Massaker von Raok“ wurde zum Symbol für den Konflikt: serbische Barbaren gegen unschuldige albanische Zivilisten (vgl. ebd.: 52).

Ob Präsident Slobodan Milosevic im Kosovo einen Bürgerkrieg gegen die Untergrundorganisation UK führte oder tatsächlich eine systematische Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung im Schilde

fürhte, ist nach wie vor schwer zu beurteilen.^[5] Doch spätestens als Milosevic seine Unterschrift unter den Vertrag von Rambouillet verweigerte, war die Rollenverteilung klar: Die UK wurde von der Nato zur Befreiungsorganisation umetikettiert, Milosevic als Quasi-Hitler stigmatisiert. Als am 24. März 1999 der Krieg der Nato gegen Jugoslawien begann, lautete die Botschaft der Krieg führenden Regierungen: Im Kosovo gelte es, einen Massenexodus, wenn nicht gar einen Völkermord zu verhindern. Das war dann der „gerechte Kriegsgrund“. Die Nato nutzte die Chance als ersten Testfall für ihre gerade beschlossene neue Doktrin und verkaufte sich der Öffentlichkeit gleichzeitig als eine Art bewaffnete Rot-Kreuz-Truppe in humanitärer Mission. Auch dieser Krieg wurde als „saubere Militärkampagne“ präsentiert, die sich nur gegen strategische Ziele richte.

Deutschland führte zum ersten Mal seit 1945 einen Krieg — und das ohne Mandat der UN. Ein solcher Vorgang musste von den Entscheidungsträgern nicht nur moralisch begründet, sondern auch in die deutsche Geschichte eingereiht werden; schließlich war so manchem Belgrader der Klang deutscher Wehrmachtsbomber noch in den Ohren. Zu diesem Zweck inszenierten Bundeskanzler Gerhard Schröder, Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer einen „Gewissenskrieg“, der paradoxerweise einen erneuten Angriff auf Jugoslawien als historische Sühne für den letzten darstellte. Die deutschen Großstrategen traten mit verteilten Rollen auf: Scharping verkörperte Moral und Mitleid und spielte mit Rekurs auf dubiose Horrorstories den emotionalen Aufpeitscher; Schröder mimte den besonnenen und sorgenvollen Staatsmann, und Fischer repräsentierte mit zergrübelter Mine den Fleisch gewordenen Gewissenskonflikt, die Zerrissenheit der deutschen Seele in Kriegszeiten. Mit der militärischen Eskalation eskalierte auch die Rhetorik der verantwortlichen Politiker: Von der „humanitären Katastrophe“ steigerte sich das Vokabular stufenweise zum „planmäßigen Völkermord“, benutzt wurden historisch bisher für den Nationalsozialismus reservierte Zuschreibungen wie „Deportationen“ und „Konzentrationslager“. Damit gelang es dem rot-grünen Kleeblatt, die öffentliche Meinung in Deutschland nahezu geschlossen von der Notwendigkeiten und moralischen Legitimität des Krieges zu überzeugen. Er wurde zunehmend als moralischer Imperativ betrachtet. Wie deutlich sich die Parameter des Kriegsdiskurses in Deutschland inzwischen verschoben hatten, zeigte sich bei einer Printmedien-Analyse (Schildmann 2001: 83-101). Die Idee vom „gerechten Krieg“ wurde im Frühjahr und Sommer 1999 in den herangezogenen meinungsführenden Medien nicht mehr angezweifelt und die Frage nach einer deutschen Beteiligung an der Militäroperation überhaupt nicht diskutiert: Die Vorstellung von der Sonderrolle für Deutschland hatte sich erledigt, erst recht der pazifistische Standpunkt.

Am 9. Juni 1999 endete der Krieg um das Kosovo — nach 78 Tagen Non-StopBombardement. Etwa die Hälfte der 30.000 Luftangriffe hatten primär zivile Ziele (Welfens 1999: 46). Die Folge war die Zerstörung der Infrastruktur in vielen Teilen des Landes. Die jugoslawische Seite meldete mindestens 1.500 getötete und 5.000 verletzte Zivilisten. Zurück blieb in Deutschland dennoch das gute Gefühl, an einem „gerechten Krieg“ beteiligt gewesen zu sein.

3.Enduring Freedom: Der Krieg gegen den Terror

Nach dem Attentat islamistischer Terroristen auf das World Trade Center und das amerikanische Verteidigungsministerium am 11. September 2001 erwartete die Weltöffentlichkeit einen schnellen und gewaltigen Gegenschlag der USA. Schließlich war der „gerechte Kriegsgrund“ eindeutig gegeben — und die Quelle des Terrors in Afghanistan schnell verortet. Doch die amerikanische Regierung gab sich besonnen und verhandelte nach dem Prinzip der Ultima ratio vier Wochen lang über die Auslieferung des Strippenziehers Bin Laden. Dabei konnten die Vereinigten Staaten gleich zwei Asse ausspielen: Denn das Talibanregime zeigte sich nicht nur unkooperativ durch sture Nichtauslieferung des amerikanischen Staatfeindes Nummer Eins; es handelte sich auch um ein Terrorregime, das Frauen brutal unterdrückte und wehrlose Buddha-Statuen beschoss. Daraus ergab sich eine doppelte moralische Mission: die Befreiung eines unterdrückten Volkes und der Kampf gegen den die zivilisierte Welt bedrohenden Terror.

Nachdem die reichlich einseitig geführten Verhandlungen dann wie vorhersehbar gescheitert waren, begann

am 10. Oktober 2001 der amerikanisch geführte Einsatz gegen Afghanistan. Wiederum war eine weltweite Allianz zusammengetrommelt worden: „Mutige Soldaten kämpfen für eine sichere Welt“, resümierte Chris Patten (*Die Zeit* v. 27. März 2002). Die PR-Neuheit des Afghanistan-Krieges war der moralische Doppelbeschuss von Brot und Bomben. Dort, wo kein Brot vom Himmel kam, waren es — glaubt man der Propaganda — Bomben, die so *clever* und *smart* sind, dass sie Terroristen von friedlichen Zivilisten unterscheiden. Dass es trotzdem tote Zivilisten gab, ist schwer zu kommunizieren — aber „wo gehobelt wird, da fallen auch Späne“^[6] (Shea 1999: 108). Diese Späne werden von der Öffentlichkeit toleriert, solange die Medien die Lesart vom „gerechten Krieg“ aufgreifen und transportieren. Dann läuft im Kopf des Lesers oder Zuschauers ein Film ab: der *Blockbuster* vom „gerechten Krieg“. Die Drehbücher für solche Erfolgs-Inszenierungen entsprechen ziemlich genau den Regeln, die der amerikanische Drehbuchexperte C. P. Hant seinen Schülern empfiehlt, um einen echten Kassenshit zu landen.

Das Drehbuch des „gerechten Krieges“

In jedem erfolgreichen Film gibt es, so lehrt uns C. P. Hant^[7], einen unvereinbaren Konflikt. Bei diesem ist „von Anfang an klar, dass es keinen Kompromiss zwischen den beiden Gegensätzen geben kann. Es gibt nur ein Entweder-Oder, nur Sieg oder Niederlage.“ (Hant 2000: 59) Das wird im Film vom „gerechten Krieg“ folgendermaßen umgesetzt: Die „Allianz der Gerechten“ rettet ein bedrohtes Volk vor einem Terror-Regime, das sich nicht davor scheut, auch Frauen und Kinder auf bestialische Weise zu ermorden — und bewahrt zugleich die gesamte Welt vor dem Rückfall in die Barbarei. Auch die Protagonisten-Konstellation entstammt Hants übersichtlichem Schwarz-Weiß Schema: ein Held und sein böser Kontrahent. Im Film vom „gerechten Krieg“ kämpft daher der Gute (hervorragende Besetzung: ein furchtloser amerikanischer Präsident) gegen seinen bösen Antagonisten. In den Nebenrollen stehen dem Guten eine Reihe von Helfern zur Seite, sie bilden die „Allianz der Gerechten“. Es gibt drei Arten von Statistenrollen: Erstens eine geschundene und terrorisierte Volksgruppe, die in ihrem Herzen demokratische, westliche Werte trägt. Zweitens eine diese Ethnie unterdrückende, wehrmachtsähnliche, skrupellose Soldateska, entstammend aus einem verführten, dem nationalistischen oder ideologischen Wahn verfallenen Volk. Drittens eine „Friedensarmee“ — moderne Kreuzritter ohne Furcht und Tadel —, die die unterdrückte Volksgruppe von ihrem Joch befreit.

Der Szenenverlauf folgt einem fest gefügten Schema: Am Anfang steht der Hook. Das bedeutet Angelhaken — und damit ist seine dramaturgische Funktion präzise beschrieben. In *Action-Adventure*-Filmen beginnt die Handlung oft damit, dass ein Unrecht geschieht, das geahndet werden muss (Hant 2000: 80). So beginnt der Plot des Filmes „Wüstensturm im Irak — Der gerechte Krieg“ mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak. Der Hook im Film „Mit vereinter Kraft für das Kosovo — Der noch gerechtere Krieg“ ist das „Massaker von Raçak“. Dieses Ereignis schaffte Aufmerksamkeit, weckte Emotionen und die Erwartung, dass unbedingt etwas geschehen muss. Am besten eignet sich „eine Folge von Bildern mit starker suggestiver Kraft“ (Hant 2000: 74). Zwei Flugzeuge, die in das *World Trade Center* rasen und es einstürzen lassen, sind — zynisch betrachtet — ein grandioser Hook für den Film „Unendliche Gerechtigkeit — der gerechteste aller gerechten Kriege“.^[8]

Bevor sich Gut und Böse im Showdown gegenüber stehen, muss dem Publikum vermittelt werden, wie absolut perfide der Gegner ist. Es gilt, den Zuschauer mit der *Backstory* vertraut zu machen. Durch diese Vorgeschichte „erhält die Geschichte Glaubwürdigkeit, Bedeutung und Tiefe. Dem Zuschauer wird bewusst, dass die Spitze des Eisberges, die er sieht, tatsächlich auf einer gewaltigen Basis ruht.“ (Hant 2000: 64) Die *Backstory*, die für die Dramaturgie wie eine zusammengedrückte Sprungfeder funktioniert, hält viele abschreckende und bluttriefende Beispiele bereit. Sie wird nun durch *Flashbacks* wieder an das Tageslicht befördert. Im Film „Mit vereinter Kraft für das Kosovo — Der noch .gerechtere Krieg“ ist der Fall „Srebrenica“ aus dem Bosnien-krieg die wichtigste Rückblende. Das Massaker wird dem Zuschauer als Mahnmal vor Augen geführt: als der größte Rückfall in die Barbarei auf europäischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im Zeitraffer zeigt der Film dann einen hochdiplomatischen Vorlauf, in dem alles unternommen wird, um

die Katastrophe abzuwenden und die militärische Konfrontation zu verhindern. Ein Ultimatum bringt Spannung in die Handlung: Während der Countdown abläuft und gleichzeitig die Truppen am Schauplatz aufmarschieren, zittert die Welt: Wird der Tyrann klein begeben? Natürlich gibt der Schurke nicht klein bei. Er brüskiert die ganze Welt, indem er ihr ins Gesicht lacht. Nun muss gehandelt werden. Die Welt kann nicht länger warten. Der Plot-Beginn löst eine Folge von Aktion und Reaktion aus, „die den Ablauf der Geschichte als etwas Zwangsläufiges erscheinen lässt“ (Hant 2000: 81).

Der erste Höhepunkt des Filmes, der *Plot Point* eins, ist der Ablauf des Ultimatus. Er führt unvermeidlich zur Konfrontation der beiden Gegner. Nun beginnt der Krieg. Denn es geht um das Überleben der Menschheit! Eine Tragödie ungeahnten Ausmaßes muss verhindert werden. Darum zieht die militärische Speerspitze der zivilisierten Welt jetzt in die Schlacht für Humanität und Menschenrechte. Durch „humanes Bomben“ mit „chirurgischen“ Waffen zeigt sich die „Allianz der Gerechten“ maßvoll, sie schont die Zivilbevölkerung und trifft nur den Bösen und seine willigen Vollstrecker — ein Krieg aus Mitleid und ohne Nebenwirkungen.

Im Filmverlauf dringend zu vermeiden sind Ungereimtheiten, so genannte *Story Holes*. Sie ergeben sich beispielsweise, wenn im Film die Bomben statt Frieden einen Massenexodus (wie im Kosovo) bewirken. Falls sich solche *Story Holes* absolut nicht umgehen lassen, „sollten sie vom Zuschauer zumindest nicht erkannt werden“ (Hant 2000: 113). Ein Beispiel für die Kompensation eines *Story Holes* demonstrierte der Co-Regisseur des Films vom „gerechten Krieg im Kosovo“. Als die Story allzu zweifelhaft wird, zaubert Verteidigungsminister Scharping den „Hufeisenplan“^[9] aus dem Ärmel — und die Geschichte macht auf einen Schlag wieder Sinn.

Ebenfalls zu vermeiden sind Szenarien, die das Schwarz-Weiß-Raster konterkarieren und Zwischentöne aufkommen lassen. Das Image vom sauberen Krieg lässt sich schwer aufrechterhalten, wenn statt Hightech nun uralte B-52-Bomber zum Einsatz kommen und die auch bildtechnisch gesehen unschönen „Kollateralschäden“ überhand nehmen. Beim Film vom „gerechten Krieg“ wird daher im Verlauf der Schlacht auch der Gegner immer monströser, seine Verbrechen immer perfider. Der Kriegsfilm mutiert kurzfristig zum Horror- oder auch Splatterfilm. Es ereignet sich eine Apokalypse an Verstümmlungen und Exekutionen, es gibt Hinrichtungsoffer mit ausgestochenen Augen und Schwangere mit aufgeschlitzten Bäuchen (so Rudolf Scharpings Schilderung auf einer Pressekonferenz am 16. April 1999) — und alles, was die Genrekonventionen sonst noch hergeben.

Die Menschenrechtskrieger fechten die Schlacht bis zum Schluss aus — bis zum *Plot Point* zwei, dem szenischen Höhepunkt des Films. Ungeeignet ist ein Höhepunkt, bei dem sich „Protagonist und Antagonist auf einen Kompromiss einigen“ (Hant 2000: 91). Daher muss der Gegner bedingungslos kapitulieren, die gute Seite muss auf ganzer Linie siegen. Es gelte, so erklärte 1991 ein Vertreter der Bush-Administration, Saddam Hussein durch Beibringung einer „totalen Niederlage“ zum „politischen Selbstmord“ zu zwingen (taz v. 28. Februar 1991).

In der amerikanischen Version des „gerechten“ Kriegsfilms triumphiert die Nation angesichts des erneuten Sieges der Freiheit und der Gerechtigkeit. Die Generäle werden als Helden gefeiert, die zurückkehrenden Soldaten mit Konfetti-Paraden in den Straßen begrüßt. Triumphgeheul ist in der deutsche Adaption nicht vorgesehen. Mit Demut und Understatement kehren die Politiker zur Tagesordnung zurück — allein ein paar zusätzliche Falten in den Gesichtern erinnern an das Geschehene. Und das gute Gefühl: Deutschland war in diesem „gerechten Krieg“ endlich auf der richtigen Seite. Fortsetzung folgt.

Literatur

Beham, Mira 1996: Kriegstromeeln. Medien, Krieg und Politik, München

Larry Beinhart 1994: American Hero (aus dem Amerikanischen v. Jürgen Bürger u. Peter Torberg; amerik.

Ausgabe 1993), Köln

Engelhardt, Paulus 1980: Die Lehre vom „gerechten Krieg“ in der vorreformatorischen und katholischen Tradition. Herkunft — Wandlung — Krise; in: *Steinweg, Reiner* (Hg.): Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus, Frankfurt/Main, S. 72-162

Fuchs, Albert 2001: Gerechter Krieg?; in: *Friedensforum. Rundbrief der Friedensbewegung*, Jg. 14, Heft 1, S. 36-38

Hant, C. P. 2000: Das Drehbuch. Praktische Filmdramaturgie, 2. Aufl., Frankfurt/Main

Kersting, Wolfgang 1988: Philosophische Friedenstheorie und internationale Friedensordnung; in: *Chwaszcza, Christine/ Kersting, Wolfgang* (Hgg.): Politische Philosophie der internationalen Beziehungen, Frankfurt/Main

Johnstone, Diana (1999): Das Racak-Massaker als Auslöser des Krieges; in: *Bittermann, Klaus/Deichmann, Thomas* (Hgg.): Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, Berlin, S. 51-67

Michal, Wolfgang 1999: Orientalische Fragen. Deutschlands Rolle im Kosovo-Krieg; in: *Bittermann, Klaus/Deichmann, Thomas* (Hgg.): Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, S. 77-83

Schildmann, Christina 2001: Die (Neu-)Entdeckung des „gerechten Krieges“. Eine vergleichende Analyse der Mediendebatte während des Golfkriegs und während des Kosovokriegs über den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele, Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft an der Universität zu Köln

Trampert, Rainer 2002: Pipelines in der Postmoderne. Viele Linke finden Empirie blöde und die Kritik der politischen Ökonomie noch blöder. So geraten die imperialistischen Interessen aus dem Blick; in: *Elsässer, Jürgen* (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg, S. 11-30

Voß, Peter 1991: Sechs Wochen Golfkrieg — eine Bewährungsprobe für die Aktualität des ZDF; in: *Felix, Jürgen/Zimmermann, Peter* (Hgg.): Medien-Krieg. Zur Berichterstattung über die Golfkrise, Marburg, S. 54-56

Welfens, Paul J. J. 1999: Der Kosovo-Krieg und die Zukunft Europas: Diplomatieversagen, Kriegseskalation, Wiederaufbau, Euroland, München

Zürn, Michael 1991: Vorbemerkungen zu einer notwendigen Diskussion; in: *Arbeitsgruppe Friedensforschung* (Hg.): Analysen zum Golf-Krieg (*Tübinger Arbeitspapiere aktuell*), Tübingen

Anmerkungen

[1] Nach dem Mailänder Edikt des christenfreundlichen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 313.

[2] Ein prominenter Fürsprecher einer solchen These ist beispielsweise Jürgen Habermas.

[3] Pressezensur wäre das falsche Wort. Die Nachrichten werden in der Presse nicht unterdrückt, sie gelangen gar nicht erst an die Presse.

[4] Ob dieser Vorgang sich tatsächlich in dieser Form ereignet hat, ist stark umstritten. Ein finnisches

Untersuchungsteam meldet erhebliche Zweifel daran an, dass es sich bei den Toten um Zivilisten handelte.

[5] Noch am 12. Januar 1999 hatte beispielsweise das Auswärtige Amt in seinem Lagebericht festgestellt: „Eine explizit an die albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch im Kosovo nicht festzustellen." (Michal 1999: 78)

[6] So erläuterte Jamie Shea, Nato-Sprecher während des Kosovokrieges, die Lage 1999 in Jugoslawien.

[7] Krieg nach Drehbuch — diese Idee findet sich auch in dem Roman „American Hero" von Larry Beinhart.

[8] Diese drei Filmtitel sind natürlich eine reine Erfindung der Autorin.

[9] Der angebliche Plan der jugoslawischen Regierung zur systematischen Vertreibung der KosovoAlbaner aus dem Kosovo.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/159-vorgaenge/publikation/19003/>

Abgerufen am: 07.05.2024